



Projektland: Korea

Monatsbericht: Juni 2008

INHALT

**Popularitätsverlust des Präsidenten Lee Myung-Bak
Wahlniederlage der Grand National Party
Südkoreanische Delegation zu Neuverhandlungen in den USA
Neubesetzung des Präsidialamtes**

**Steigende Ölpreise und hohe Inflation belasten südkoreanische Wirtschaft
OECD-Ministertreffen über die Zukunft der Informationstechnologie in Seoul**

Übergabe Nordkoreas von Dokumenten über sein Atomprogramm

Negatives Wirtschaftswachstum in Nordkorea

**Innerkoreanische Beziehungen bleiben unterkühlt
Südkoreanische Maislieferung wird von Nordkorea abgelehnt
Innerkoreanischer Handel nimmt zu**

A. SÜDKOREA

Innenpolitische Lage in Südkorea

Mehrere Umfragen südkoreanischer Zeitungen ergaben, dass die Unterstützung der Bevölkerung für den Präsidenten Lee Myung-Bak bis auf unter 20 Prozent gesunken ist. Im März lag die Zustimmungsrage mit 50 Prozent noch vergleichsweise hoch. In erster Linie liegen die Gründe für den Popularitätsverlust des Präsidenten in der Kontroverse um die Rindfleischimporte aus den USA, in der Unzufriedenheit der Bevölkerung über die Ernennung seiner Minister und in weiteren umstrittenen Projekten. Der herbe Vertrauensverlust der Bevölkerung in die regierende Große Nationalpartei (GNP) wurde durch die Niederlage bei regionalen Nachwahlen weiterhin untermauert, bei denen die GNP nur einen von neun Wahlbezirken für sich gewinnen konnte. Die Oppositionspartei Vereinigte Demokratische Partei gewann hingegen drei, Parteilose die übrigen fünf Bezirke. Bei den Wahlen der Regionalparlamente entschieden die GNP 7 von 29 Kommunen, die UDP 14 Kommunen und die Parteilosen 5 Kommunen für sich.

Die Proteste gegen die Regierung Lee Myung-Bak fanden ihren vorläufigen Höhepunkt am 10. Juni, zeitgleich mit dem 21. Jahrestag der Demokratiebewegung, an dem mindestens 52.000 Menschen teilnahmen. Angesichts der andauernden, teils gewalttätigen und ungenehmigten Demonstrationen drohte Lee Myung-Bak mit einer gewaltsamen Auflösung der Versammlungen. Die Polizei verhaftete bereits einige führende Mitglieder der People's Association for Measures Against Mad Cow, die für die Proteste verantwortlich gemacht werden. Unter Führung der Vereinigten Demokratischen Partei schloss sich die

Opposition dem Protest der Bevölkerung an und boykottiert weiterhin die Eröffnung der Sitzung des 18. Parlaments.

Als eine Reaktion auf die Proteste reiste die südkoreanische Delegation in die USA, um eine Korrektur des Handelsabkommens für Rindfleisch zu erzielen. Beim Gespräch zwischen der Delegation und den US-Regierungsvertretern erklärte sich die amerikanische Seite bereit, freiwillig kein Rindfleisch von Vieh, das jünger als 30 Monate ist, nach Südkorea zu exportieren bis das Vertrauen der Bevölkerung in US-Rindfleisch wiederhergestellt ist. Dieses Angebot wird sowohl von der US-Regierung als auch von der US-Rindfleischindustrie unterstützt. Angesichts der fortdauernden Proteste gegen seinen Führungsstil besetzte Präsident Lee zudem das Präsidialamt um und ernannte den Direktor der Ulsan Universität Chung Jung-Gil zum neuen Chefsekretär und Lee Dong-Kwan zum neuen Amtssprecher.

Wirtschaftspolitische Aussichten und wirtschaftspolitische Lage in Südkorea

Insbesondere die Preise für Rohöl stiegen im vergangenen Monat stark an. Infolgedessen nahmen auch die Rohstoffpreise um 34,6 Prozent zu, so stark wie zuletzt 1998. Auch die Herstellungskosten erhöhten sich im Vorjahresvergleich um 11,6 Prozent, ebenfalls so stark wie diese Kosten wie zuletzt 1997/98. Insgesamt betrug die Inflationsrate im Vergleich zum Vorjahr 4,9 Prozent. Für diese Jahreshälfte schätzt das Korean Institute for Industrial Economics and Trade das wirtschaftliche Wachstum Südkoreas auf 4,2 Prozent. Die anhaltende hohe Inflationsrate könnte somit höher als das Wirtschaftswachstum sein und eine Stagnation der Wirtschaft verursachen. Die südkoreanische Regierung erklärte vor diesem wirtschaftlichen Hintergrund, die Bekämpfung der Inflation zum primären Ziel ihrer Wirtschaftspolitik. Aufgrund der hohen Ölpreise beschloss sie unter anderem bereits als eine Gegenmaßnahme die Steuern für Arbeitnehmer und selbständige Unternehmen mit einem Jahresunternehmen unter 36 Millionen Won im Zeitraum von Juni 2008 bis Juli 2009 zurückzuerstatten.

Vom 15. bis zum 18. Juni fand das Ministertreffen über die Informationstechnologie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in Seoul statt, bei dem die 32 Minister über die Zukunft des Internets diskutierten. Die Minister betonten in einer gemeinsamen Erklärung die Wichtigkeit des Internets als Instrument, um den globalen Herausforderungen wie der Klimaveränderung zu begegnen.

B. NORDKOREA

Innenpolitische Entwicklungen in Nordkorea

Nachdem Nordkorea die Dokumente über sein Plutoniumprogramm an China in Anwesenheit des US-Gesandten Kim Sung übergeben hat, erklärte der amerikanische Präsident George W. Bush am 26. Juni die Handelsanktionen, die unter das Gesetz zum Handel mit Staatsfeinden (Trading with the Enemies Act) fallen, aufzuheben. Weitere Sanktionen wie die Resolution 1718 des UN Sicherheitsrates und das Gesetz zur Exportregulierung (Export Administration Act) bleiben allerdings weiterhin in Kraft. Der Bericht wird an den US-Kongress weitergeleitet und die DVRK innerhalb von 45 Tagen von der Liste der Terrorismus fördernden Staaten gestrichen. Zur Untermauerung der ernsthaften Absichten der nordkoreanischen Führung wurde der Kühlturm des Atomreaktors in Yeongbyon in

Anwesenheit der internationalen Presse und des Fernsehens (u.a. CNN) gesprengt. Die finanzielle Unterstützung zur Zerstörung des Kühlturms erfolgte durch die US-Regierung mit 10,2 Millionen US-Dollar.

Von großem Interesse gilt die im Bericht seitens Nordkoreas angegebene Information über die produzierte Menge an Plutonium. Es wird vermutet, dass Nordkorea im Bericht angegeben hat, 30 kg Plutonium produziert zu haben, wovon 2 kg zur Durchführung des Atomtests im Oktober 2006 benutzt wurden. Die Gesamtmenge des sich im Besitz der Nordkoreaner befindlichen Plutoniums könnte sich somit auf 40 kg erhöhen. Zur Herstellung einer Nuklearwaffe werden 4 bis 8 kg Plutonium benötigt.

Die Übergabe des Berichts erfolgte mit einer sechsmonatigen Verspätung, da zwischen Pyöngyang und Washington Differenzen über das Urananreicherungsprogramm und die angeblichen Unterstützung Nordkoreas am Aufbau des syrischen Nuklearprogramms bestanden. Im weiteren Verlauf ist nun eine weitere Runde der Sechs-Parteien-Gespräche geplant, währenddessen Nordkoreas Bemühungen evaluiert und dann gemeinsam in die dritte und letzte Phase der kompletten Denuklearisierung übergegangen werden soll. Bisher hat Nordkorea acht der elf Schritte erfüllt (siehe Sonderbericht Juni 2008). China schlägt vor, die Sechsergespräche in der zweiten Juliwoche wiederaufzunehmen.

Wirtschaftliche Entwicklungen in Nordkorea

Berichten der südkoreanischen Zentralbank zufolge verzeichnete Nordkorea zum zweiten Mal in Folge ein negatives Wirtschaftswachstum. Im Vergleich zum Vorjahr schrumpfte die Wirtschaft im Jahr 2007 um 2,3 Prozent und das jährliche Pro-Kopf-Einkommen betrug circa eine Million Won (ca. 630 Euro). Vor allem die Nahrungsmittelknappheit hat einen negativen Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung Nordkoreas. Um ihr entgegenzuwirken, reiche es nach Ansicht des Wissenschaftlers Lee Young-Hoon vom Institute for Monetary and Economic Research der Bank of Korea nicht aus, dass sich Nordkorea allein auf Hilfslieferungen aus dem Ausland verlasse. Vielmehr müsste die landwirtschaftliche Produktionsstruktur verbessert werden. Dies müsse mittels kurzfristig realisierbarer Reformen in der Landwirtschaft sowie durch langfristig angelegte Reformen in der Forstwirtschaft durch Wiederaufforstungsprojekte geschehen.

C. INNERKOREANISCHE BEZIEHUNGEN UND DIE LAGE AUF DER KOREANISCHEN HALBINSEL

Die Beziehungen zwischen Nord- und Südkorea bleiben weiterhin seit der Amtsübernahme des Präsidenten Lee Myung-Bak unterkühlt. Die nordkoreanische Regierung kritisierte scharf den Regierungsstil Lee Myung-Baks, der in der Nordkoreapolitik einen pragmatischen und auf Gegenseitigkeit beruhenden Ansatz verfolgt. Unter dem Stichwort „Denuklearisierung, Öffnung und 3.000 Dollar“ ist die Bereitschaft der südkoreanischen Regierung zu verstehen, Nordkorea bei der Erreichung eines Pro-Kopf-Einkommens von 3.000 Dollar nur unter der Vorbedingung zu helfen, dass sich Nordkorea öffnet und denuklearisiert. Diese Strategie, so die nordkoreanische Regierung, sei ein Ansatz, der Konfrontationen verschärfe.

Der südkoreanische Vereinigungsminister Kim Ha-Jung gab am 4. Juni bekannt, dass die südkoreanische Regierung plant, 50.000 Tonnen Mais nach Nordkorea zu liefern. Dieses Angebot wurde jedoch von Nordkorea trotz der anhaltenden Nahrungsmittelknappheit abgelehnt. Darüberhinaus möchte die südkoreanische Regierung verstärkt private

Hilfsorganisationen für Nordkorea finanziell mit insgesamt 10,2 Milliarden Won (ca. 6,18 Millionen Euro) unterstützen.

Der innerkoreanische Handel hat nach Angaben des am 18. Juni veröffentlichten Berichts der südkoreanischen Zentralbank um etwa 1,2 Milliarden Euro zugenommen, was einem Anstieg von 33 Prozent entspricht. Laut Vereinigungsministerium stieg das innerkoreanische Handelsvolumen für den Monat Mai im Vergleich zum Vorjahr um 14 Prozent auf insgesamt rund 109 Millionen Euro. Insbesondere die vermehrte Maschinennutzung in der innerkoreanischen Wirtschaftszone in Gaesong und das Touristenprogramm für das nordkoreanische Geumgang-Gebirge sind für diesen Anstieg verantwortlich, so dass der Handel mit Industrieprodukten den Rückgang der Hilfslieferungen aus Südkorea nach Nordkorea aufwiegt. Die Wirtschaftszone in Gaesong soll, laut den Plänen des südkoreanischen Präsidenten Lee Myung-Bak, zusammen mit den Städten Seoul und Incheon ein „goldenes Friedensdreieck“ zur Förderung der Wirtschaftskooperation bilden.

Dr. Bernhard Seliger, Repräsentant